

MOTION

der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Jean-Luc Addor, betreffend Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission im Zusammenhang mit dem Skandal A9/Riedbergtunnel (06.06.2006) 7.001

In der Aprilsession 2006 informierte der Vorsteher des Departements für Verkehr, Bau und Umwelt (DVBU) den Grossen Rat über die im Rahmen des Baus des Riedbergtunnels festgestellten illegalen Praktiken. In der Zwischenzeit hat das Finanzinspektorat diese Praktiken durchleuchtet, in seinem Bericht offen von Urkundenfälschung gesprochen und den Untersuchungsrichter eingeschaltet.

Die im Rahmen des Baus des Riedbergtunnels festgestellten Machenschaften, bei denen es um etwas mehr als 13 Millionen Franken geht, sind also Gegenstand einer Strafuntersuchung, die vom Parlament aufmerksam im Auge behalten werden muss. Es muss namentlich dafür gesorgt werden, dass die Verantwortlichen dieses Skandals - der den Staat Wallis laut Schätzungen des Finanzinspektorats rund 400'000 Franken kostet - auf allen Ebenen erkannt und benannt werden.

Es gilt auch herauszufinden, ob es sich hier um isolierte Vorfälle handelt oder ob solche Machenschaften beim Staat Wallis gang und gäbe sind.

Auf die verschiedenen diesbezüglichen Vorstösse hat der Vorsteher des DVBU teilweise nur ausweichend geantwortet und dem Grossen Rat versichert, dass die in Sachen Riedbergtunnel aufgedeckten Machenschaften in seinem Departement keineswegs an der Tagesordnung seien. Er erklärte auch, dass weder er selbst noch der Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau über diese Praktiken im Bilde gewesen seien.

Andere in den Medien angeführte Quellen scheinen hingegen darauf hinzudeuten, dass die im Zusammenhang mit dem Riedbergtunnel aufgedeckten Vorkommnisse auch bei anderen Baustellen, wo der Staat Wallis als Bauherr auftritt, wenn nicht gang und gäbe, so doch zumindest relativ verbreitet seien. Diesen Anschuldigungen, die bis zum heutigen Tage nicht überzeugend dementiert worden sind, scheint jedoch nicht gründlich nachgegangen zu werden. Einzig eine Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission (GPK), deren genauer Gegenstand sich unserer Kenntnis entzieht, befasst sich damit.

Dabei haben wir es hier mit äusserst schwer wiegenden Verfehlungen zu tun; dies erst recht, wenn sich herausstellen sollte, dass es sich beim Riedbergtunnel nur um die Spitze des Eisbergs handelt. Diese schwer wiegenden Verfehlungen müssen im Rahmen eingehender und unparteiischer Untersuchungen restlos aufgeklärt werden. In Anbetracht der Tatsache, dass es der Staatsrat abgelehnt hat, dem Vorsteher des DVBU das Dossier Riedbergtunnel zu entziehen, sind hier jedoch Zweifel mehr als gerechtfertigt.

Im Einklang mit Artikel 28, Absatz 1 GORBG fordert die UDC/SVP-Fraktion deshalb die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), die namentlich festzustellen hat:

- ob die in Sachen Riedbergtunnel aufgedeckten illegalen Praktiken auch bei anderen Baustellen, wo der Staat Wallis als Bauherr auftritt, gang und gäbe sind und falls ja, in welchem Ausmass und seit wann;
- bis zu welcher Ebene (administrativ oder gar politisch) diese Praktiken bekannt sind oder gar mehr oder weniger stillschweigend gutgeheissen werden.

Sitten, den 6. Juni 2006
(09.00 Uhr)

UDC/SVP-Fraktion, durch
Jean-Luc Addor, Grossrat